

Irit Chen

„Kontakt – aber keine offiziellen Beziehungen“: Das Israelische Konsulat in München zwischen Israel und Deutschland, 1948–1953¹

München im Oktober 1948: Die Mauern des Hauses Maria-Theresia-Straße 11 werden mit den Symbolen des nur fünf Monate zuvor gegründeten Staates Israel dekoriert. Vom Gebäude hängen Fahnen mit zwei blauen Streifen auf weißem Hintergrund, in der Mitte prangt der Davidstern. Das Foyer ist mit dem Emblem des siebenarmigen Leuchters geschmückt, flankiert von zwei Olivenzweigen. Die vier Räume des Gebäudes füllen sich mit Mobiliar und Teppichen, vor allem Gaben der jüdischen Familie Bernheimer, die aus dem aufstrebenden Münchner Kunst- und Antiquitätenhandel dieser Jahre nicht wegzudenken war.

Ein jüdischer Kunsthandwerker der Stadt hat neben dem Eingang eine Art Tafel mit einer Begrüßung in hebräischer und englischer Sprache angebracht. Neben dem Rabbiner der jüdischen Gemeinde in München, verantwortlich für die Anbringung der Mesusa am Türpfosten, versammeln sich mehrere Vertreter des amerikanischen Militärs zu einem außergewöhnlichen Anlass: der Einweihung eines Israelischen Konsulats auf deutschem Boden nur drei Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Mord an den europäischen Juden.²

Auf den ersten Blick scheint diese offizielle Aktivität von israelischen Vertretern in München in den späten 1940er Jahren erstaunlich, hatten doch die Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland und der Holocaust dazu ge-

¹ Dieser Artikel basiert auf der Masterarbeit der Autorin: „Kontakt – aber keine offiziellen Beziehungen“. Das Israelische Konsulat in München zwischen Israel und Deutschland 1948–1953. Unveröffentlichte Masterarbeit, Universität Haifa 2016 (Hebräisch).

² Yissakhar Ben-Yaacov: A Lasting Reward. Memoirs of an Israeli Diplomat. Jerusalem 2012, S. 62f. Zu den Aktivitäten des Konsulats siehe Yeshayahu A. Jelinek: Like an Oasis in the Desert: the Israel Consulate in Munich, 1948–1953. In: Studies in Zionism 9,1 (1988), S. 81–98 und Chen: „Kontakt – aber keine offiziellen Beziehungen“ (wie Anm. 1).



1 Eingang des israelischen Konsulats an der Maria-Theresia-Straße München, 1948

führt, dass Israels Gesellschaft und Staat bestrebt waren, sich vollkommen von allem, was deutsch war, abzugrenzen: Die Existenz jüdischen Lebens im Land der Täter wurde als Zeichen der Ehrlosigkeit angesehen und jede Verbindung zu deutscher Sprache und Kultur war verpönt. So wurden beispielsweise keine Import-Lizenzen für deutsche Zeitschriften ausgestellt und eine öffentliche Zurschaustellung dieser Sprache war verboten. Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1949 vertiefte sich dieser Widerstand noch mehr und wurde um eine politische Dimension erweitert: Zwischen beiden Ländern herrschten keinerlei diplomatische Beziehungen und ein Vermerk in israelischen Pässen sollte die Einreise nach Deutschland prinzipiell unmöglich machen. Dennoch führten parallel zu den Boykottmaßnah-

men ab Ende des Jahres 1949 wirtschaftliche und politische Interessen zur Entwicklung zweckmäßiger Beziehungen zwischen beiden Ländern.

In Israel veranlassten die harsche wirtschaftliche Realität und die soziale Belastung infolge der Aufnahme vieler Immigranten die Regierung zu einer pragmatischen Politik. Man beschloss, Maßnahmen zu ergreifen, um von Deutschland eine materielle Entschädigung zu erlangen. In den Augen der deutschen Regierung war diese Entschädigung ein Zeichen der Versöhnung und gleichzeitig eine notwendige Bedingung für die eigene Rehabilitierung.

Im April 1951 fand ein geheimes Treffen zwischen Bundeskanzler Konrad Adenauer und israelischen Regierungsvertretern statt. Dies führte im Bundestag zur öffentlichen Erklärung des Kanzlers über die Bereitschaft der deutschen Regierung, ein Reparationsabkommen mit Israel zu schließen. Im März 1952 begannen direkte Verhandlungen mit Repräsentanten beider Länder. Am 10. September 1952 wurde das Luxemburger Abkommen („Wiedergutmachungsabkommen“) unterzeichnet, dem zufolge sich die Bundesrepublik verpflichtete, ungefähr drei Milliarden Mark in Form von Sachwerten an Israel zu übermitteln. Obwohl die Unterzeichnung und Umsetzung des Abkommens den Weg für die wirtschaftliche, sicherheitspolitische und kulturelle Annäherung beider Länder in den 1950er und frühen 1960er Jahren ebnete, wurden Vereinbarungen zu offiziellen diplomatischen Beziehungen erst im Mai 1965 unterzeichnet.³

Im Dickicht zwischen Boykott und Pragmatismus, Abgrenzung und Kontakt stand das Israelische Konsulat in München. Es nahm seine Tätigkeit mit der Akkreditierung durch die westlichen Besatzungsmächte im Nachkriegsdeutschland auf, setzte seine Existenz auch nach der Gründung der Bundesrepublik fort und wurde im Juni 1953 geschlossen, als die

³ Zum Reparationsabkommen und den frühen Beziehungen zwischen beiden Ländern gibt es umfangreiche Publikationen, siehe Dan Diner: *Rituelle Distanz. Israels deutsche Frage*. München 2015; Yeshayahu A. Jelinek: *Deutschland und Israel, 1945–1965. Ein neurotisches Verhältnis*. München 2004; Tom Segev: *The Seventh Million. The Israelis and the Holocaust*. New York 1994, S. 187–252; Neima Barzel: *Israel we-Germania, 1945–1956. Hitpatchut jachas ha-chevra we ha-medina be-Isra'el le Germania be-ikwot ha-shoa [Israel und Deutschland, 1945–1956. Die Entwicklung der Einstellung der Gesellschaft und des Staates Israels zu Deutschland nach dem Holocaust]* (unveröffentlichte Dissertation, Universität Haifa, 1990), S. 5–70.

„Israel-Mission“ in Köln etabliert wurde, die israelische Handelsdelegation, die für die Umsetzung des Wiedergutmachungsabkommens verantwortlich war.

Im Gegensatz zu einer Botschaft, einer Institution von höchster diplomatischer Bedeutung, die verantwortlich für die Regelung politischer, militärischer und kultureller Angelegenheiten des entsendenden Landes im Gastland ist, besteht die Rolle eines Konsulats darin, kommerzielle und rechtliche Interessen zu vertreten. Seine Präsenz ist kein Indiz für die diplomatische Anerkennung eines Staates durch den anderen. Dennoch ermöglicht die Einrichtung eines Konsulats einen Informationsaustausch zwischen beiden Ländern, sodass selbst ohne die Existenz diplomatischer Beziehungen ein Kommunikationskanal besteht.⁴

Allein aufgrund seiner bloßen Existenz in München musste das Konsulat vermutlich einen fortwährenden Spagat zwischen der Forderung Israels nach Abgrenzung von Deutschland und der politischen Realität vor Ort bewältigen. Des Weiteren ist anzunehmen, dass es beiden Ländern als Kommunikationskanal diente, als das beidseitige Interesse an einer materiellen Entschädigung der jüdischen Überlebenden immer mehr anerkannt wurde. Zudem war es wohl in politische Angelegenheiten involviert, die über den konsularen Rahmen hinausgingen.

Dies wirft die Frage auf, ob das Konsulat in München exakt nach den außenpolitischen Grundsätzen Israels handelte, oder ob es in seinen Beziehungen zu Deutschland während der Jahre 1948–1953 eigene Initiativen ergriff. Hierfür wird im Folgenden analysiert, inwiefern das Konsulat die Ambivalenz der frühen deutsch-israelischen Beziehungen widerspiegelte und wie es diese beeinflusste.

⁴ Erst im Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen im Jahr 1963 wurde der Status der konsularischen Einrichtung geregelt. Dabei wurde festgestellt, dass im Fall fehlender diplomatischer Beziehungen Konsuln diplomatische Pflichten erfüllen können, vgl. Geoff R. Berridge: *Diplomacy. Theory and Practice*. London 1995, S. 133–142, S. 235. Israeliische Konsulate haben auch die Aufgabe, mit den Juden vor Ort in Kontakt zu bleiben. Über die Einstellung des Konsulats zur deutsch-jüdischen Gemeinde siehe Irit Chen: *The Israeli Consulate in Munich, 1948–1953. Conflicting Policies towards German-Jewish Communities*. In: *Jahrbuch des Dubnow-Instituts/Dubnow Institute Yearbook 18 (2019)* (bevorstehende Veröffentlichung). Bzgl. der Einstellung zur Remigration von Israel nach Deutschland siehe Meron Mendel: *The Policy for the Past in West Germany and Israel. The Case of Jewish Reimmigration*. In: *The Leo Baeck Institute Yearbook 49 (2004)*, S. 129–133.

Die Aktivitäten des Konsulats in München: ein Überblick

Die Ursprünge des Israelischen Konsulats in München liegen in den Aktivitäten der Ha-mischlachat ha-erez isra'elit le-sche'erit ha-pleta, der Delegation aus dem Lande Israel für die Überlebenden des Holocaust im Auftrag der Jewish Agency. Letztere kam im Dezember 1945 in die amerikanische Besatzungszone mit dem Ziel, jüdischen Überlebenden des Holocaust zu helfen, die in den Displaced Persons-Lagern (DP-Lagern) in der Gegend um München untergebracht worden waren. Ihr Anliegen war es, die Emigration dieser Menschen nach Israel zu organisieren.

Bei ihrer Ankunft in Deutschland wurde die Delegation an die UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) angegliedert. Letztere war nach dem Zweiten Weltkrieg als Flüchtlingshilfswerk gegründet worden. Ab Juni 1948 war die Delegation direkt der US-Armee unterstellt und die meisten der überlebenden Juden gelangten in ihren Zuständigkeitsbereich.⁵

Leiter der Delegation war Chaim Yahil (Hoffmann), der 1905 in Mähren als Sohn einer Wiener Familie zur Welt kam. Yahil war 1929 nach Palästina ausgewandert, kam aber in den 1930er Jahren nach Europa zurück, um seine Dissertation zu schreiben. Dabei half er deutsch-jüdischen Flüchtlingen, die nach Prag geflohen waren, bei ihrer Immigration nach Palästina. Nach dem Einmarsch der Nationalsozialisten in die Tschechoslowakei beschloss die zionistische Bewegung, Yahil nach Palästina zurückzuholen. Diese Entscheidung rettete ihm das Leben, bedeutete aber den Tod seines Kollegen Jakob Edelstein, Direktor des Palästinaamtes der Jewish Agency. Edelstein hatte sich entschieden, in Prag zu bleiben, um die dort verbliebenen Juden zu unterstützen und ihnen bei der Alija zu helfen. Er wurde von den nationalsozialistischen Behörden gefangen genommen und kam 1944 in Auschwitz ums Leben. Die Tatsache, dass seine Rettung zum Tod eines anderen geführt hatte, war eine schwere Bürde für Yahil. Als er daher am Ende des Zweiten Weltkrieges von der Leitung des Jischuw, also der jüdischen Bevölkerung in Palästina, gebeten wurde,

⁵ Chaim Yahil: Pe'ulot ha-mischlachat ha-erez isra'elit le-sche'erit ha-pleta (Alef), 1945–1949 [Die Aktivitäten der Delegation aus Palästina für die Überlebenden des Holocaust (A), 1945–1949]. In: Yalkut Moreshet 30 (1980), S.9–19; Juliane Wetzl: Jüdisches Leben in München 1945–1951. Durchgangsstation oder Wiederaufbau? München 1987.



2 Chaim Yehiel Kahane bei einer Ansprache im DP-Lager Neu-Freimann

nach Europa zurückzukehren, um jüdischen Überlebenden zu helfen, sagte er ohne Zögern zu.⁶

Auf Rat des US-amerikanischen Militärs drängte Kahane im Sommer 1948 die führenden Köpfe des einige Monate zuvor gegründeten israelischen Außenministeriums dazu, israelische Konsulate in Deutschland und in Österreich zu eröffnen, um die Einwanderung nach Israel zu regeln.⁷ Er empfahl, das bedeutendere der beiden in München einzurichten, da diese Stadt seiner Meinung nach „das Zentrum der Juden“ darstellte, in dessen Umkreis sich die meisten jüdischen Displaced Persons versammelt hatten.⁸ Walter Eytan, der die

⁶ Leni Kahane: Ich bin in ein Land gekommen, dessen Sprache ich zufällig kenne. In: Richard Chaim Schneider (Hg.): Wir sind da!: Die Geschichte der Juden in Deutschland von 1945 bis heute. Berlin 2000, S. 89f. Über Kahanes Aktivitäten und Berichte als Teil der Mission siehe Naama Seri-Levi: „The Human Material is Far Superior to its Predecessors“. The Jewish Repatriates in the Displaced Persons Camps 1946–1947. Unveröffentlichte Masterarbeit, Hebräische Universität von Jerusalem 2014.

⁷ Zu den Meinungsverschiedenheiten zwischen der US-Armee und dem Amt des Politischen Beraters über die Auswirkungen der Gründung des Konsulats auf die israelisch-US-amerikanischen Beziehungen siehe Institut für Zeitgeschichte München (IfZ) POLAD/819/52, Zentralamt an das Amt für Politische Angelegenheiten OMGUS, 2. August 1948; ebd., Thomas Harrold an das Amt des Politischen Beraters, 5. August 1948.

⁸ Israelisches Staatsarchiv (im Folgenden ISA), Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (Im Folgenden MAA) 2382/11, Chaim Hoffmann (Kahane) an Moshe Sharett, 2. Juni 1948; Central Zionist Archives Jerusalem

Struktur des Außenministeriums entwarf und dessen erster Generaldirektor wurde, hatte Immigrationsbehörden jeweils in Frankfurt und Hamburg vorgesehen – den Hauptsitzen des US-amerikanischen und britischen Militärs. Er erkannte aber, dass die meisten jüdischen Displaced Persons tatsächlich im Umfeld von München lebten.⁹ Obwohl Eytan dies nie explizit zur Sprache brachte, stellt sich unweigerlich die Frage, ob er, der selbst gebürtiger Münchner war, nicht auch die symbolische Bedeutung einer israelischen Vertretung in dieser Stadt im Sinn hatte. Schließlich war München als „Hauptstadt der Bewegung“ eine nationalsozialistische Bastion gewesen. Nun aber wurde es zum Zentrum israelischer Bemühungen, dem kleinen Rest der jüdischen Überlebenden in Europa beizustehen.¹⁰ Im Oktober 1948 genehmigte das Außenministerium die Gründung des israelischen Konsulats in München mit Billigung der westlichen Besatzungsmächte in Deutschland, um die Emigration der Juden aus den DP-Lagern zu regeln.¹¹

Der Sitz des Konsulats befand sich in der Nähe der Möhlstraße, die auch das Zentrum des Schwarzmarktes bildete. Die Adresse wurde so stark mit den jüdischen Displaced Persons in Verbindung gebracht, dass die dorthin führende Straßenbahnlinie „Palästina-Express“ genannt wurde. In der Nachbarschaft des Konsulats fand man andere jüdische Hilfsorganisationen, die die jüdischen Displaced Persons unterstützten, wie das Joint Distribution Committee (JDC), die Hebrew Immigrant Aid Society (HIAS) und die World ORT Union (Verband für Ausbildungshilfe).¹²

Von der Eröffnung des Konsulats bis Mitte des Jahres 1949 widmete es sich der Regelung der Emigration der überleben-

(CZA), A382/51, Chaim Yahil an Leni Yahil, 8. August 1948; ebd., Chaim Yahil an Leni Yahil, 8. August 1948.

⁹ Walter Eytan: *The First Ten Years. A Diplomatic History of Israel*. New York 1958, S. 210f. Über die Gründung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, siehe Sagi Barmak: *The Establishment of the Israeli Foreign Office 1946–1953*. Unveröffentlichte Masterarbeit, Hebräische Universität von Jerusalem 2015.

¹⁰ Zur jüdischen Geschichte von München siehe Richard Bauer, Michael Brenner (Hg.): *Jüdisches München: vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. München 2006.

¹¹ ISA, MAA 2385/22, Memorandum, 10. Oktober 1948; ISA, MAA, 2383/11, Walter Eytan an James McDonald, 12. Oktober 1948.

¹² Lilly Maier (Hg.): *Die Möhlstraße – ein jüdisches Kapitel der Münchner Nachkriegsgeschichte*. Münchner Beiträge zur Jüdischen Geschichte und Kultur 12,1 (2018).

den Juden nach Israel und der Schließung der DP-Lager in Absprache mit dem US-amerikanischen Militär. Somit bestand für das Konsulat keinerlei Notwendigkeit, mit den Behörden vor Ort Kontakt aufzunehmen. Dennoch gab Yahil zu, dass er von Zeit zu Zeit zufällig auf den bayerischen Ministerpräsidenten oder lokale Bürgermeister traf und kurze Wortwechsel nicht vermeiden konnte.¹³ Im April 1949, als die Anzahl der Emigranten nach Israel die Rekordzahl von mehr als 9000 erreichte, kehrte Yahil zurück nach Israel. Er befand nun, dass seine Aufgabe, jüdischen Überlebenden bei der Einreise nach Israel behilflich zu sein, erfüllt war.¹⁴

Nach Yahils Weggang wurde der 1906 in Prag geborene Eliahu Livneh (Liebstein) zum neuen Konsul ernannt. Er hatte in Prag und Wien Jura studiert und war im Frühjahr 1939 nach Palästina immigriert. Nach dem Zweiten Weltkrieg schloss er sich der Delegation zur Unterstützung der Überlebenden an und wurde ein Vertreter der Jewish Agency in Berlin. Dort half er Bewohnern der umliegenden DP-Lager.

Nach Livnehs Ansicht war es ein Fehler, den Aufgabenbereich des Konsulats nur auf Immigrationsangelegenheiten zu beschränken. Er machte geltend, dass die Institution auch eine finanzielle Bedeutung bei der Rettung jüdischen Eigentums besäße.¹⁵ Dieser Führungswechsel konstituierte damit eine potentielle Neuausrichtung der Konsulatsaktivitäten.

Im Mai 1949, einen Monat nach der Amtsübernahme durch Livneh, veränderte ein weiteres bedeutendes Ereignis die Aktivitäten des Konsulats in München: Die Bundesrepublik Deutschland wurde gegründet. Von diesem Augenblick an wurde die Tatsache, dass in München ein Konsulat existierte, in Israel publik gemacht. Das Thema wurde regelmäßig ausgiebig im Außenministerium im Zusammenhang mit der Ausweitung der politischen Rechte des deutschen Staates diskutiert, die dieser von den westlichen Alliierten erhalten hatte.

¹³ CZA A382/6, Conversation Nr. 11, geführt mit Chaim Yahil vom Institute of Contemporary Judaism an der Hebräischen Universität Jerusalem am 23. Juli 1961.

¹⁴ Chaim Yahil: Pe'ulot ha-mischlachat ha-erez isra'elit le-sche'erit ha-pleta (Bet), 1945–1949 [Die Aktivitäten der Delegation aus Palästina für die Überlebenden des Holocaust (B), 1945–1949]. In: Yalkut Moreschet 31 (1981), S. 168 f.

¹⁵ ISA, MAA 2519/4, Eliahu Livneh an das Wirtschaftsreferat, 23. Oktober 1949; ebd., Eliahu Livneh an die Abteilung Westeuropa im israelischen Außenministerium (AWE), 20. November 1949; ISA, MAA 533/7, Eliahu Livneh an AWE, 14. November 1949.

Als im Frühjahr 1952 deutlich wurde, dass Deutschland nach Unterzeichnung des Generalvertrags ein souveräner Staat werden sollte, verstärkten sich die diesbezüglichen Bedenken des israelischen Außenministeriums.¹⁶ Am 20. April 1952 kündigte die israelische Regierung ihren Entschluss an, aufgrund der Absicht der westlichen Mächte, Deutschland die Souveränität zu gewähren, ihr Konsulat in München innerhalb von sechs Wochen zu schließen.¹⁷ Einige Tage später nahm der israelische Außenminister diesen Entschluss allerdings mit folgender Erklärung zurück:

Wir haben alle Gründe der Welt, ein Konsulat in diesem Gebiet aufrecht zu erhalten, auch zur Ausstellung von Immigrationszertifikaten, von Touristenvisa und zur Bewerkstelligung finanzieller Transaktionen. Deshalb ist es – in Anbetracht der aufrechterhaltenen Präsenz der Besatzungsmächte, unter deren Schutz das Konsulat steht [...] – unsere *mitzwa* [Pflicht], ein Konsulat aufrecht zu erhalten, wenn wir eine „Autorisierung“ zur Aufrechterhaltung des Konsulats haben.¹⁸

Die Entscheidung des Außenministers, den Beschluss zu revidieren, und seine Wahl der Wörter „Autorisierung“ in Anführungszeichen und *mitzwa* verdeutlichen, wie unverzichtbar das Konsulat für die Wahrung der israelischen Interessen in Deutschland blieb – solange es möglich war, seine Existenz legal zu rechtfertigen und die Tatsache zu verschleiern, dass seine Aktivitäten einer Unterwanderung der israelischen Boykottmaßnahmen gegenüber Deutschland gleichkamen.

Somit wurde das Konsulat zu einem wesentlichen Faktor in der Förderung der frühen Beziehungen zwischen beiden Ländern, wie im Weiteren gezeigt wird.

¹⁶ Obwohl der Generalvertrag am 26. Mai 1952 unterzeichnet wurde, trat er erst am 5. Mai 1955 in Kraft. An diesem Tag wurde Westdeutschland ein souveräner Staat. Siehe Michael Balfour: *West Germany. A Contemporary History*. London 1982, S. 183–185.

¹⁷ ISA, MAA 2519/4, Moshe Hirsch an AWE und an das Konsulat in München, 20. April 1952.

¹⁸ Ebd., Moshe Sharett an Walter Eytan, 29. April 1952 (Hervorhebungen durch die Autorin).

Von der Vermeidung zum Kontakt: Beziehungen zu deutschen Behörden

Die Gründung der Bundesrepublik führte zu keinen weiteren Beziehungen zwischen dem israelischen Konsulat und den deutschen Behörden – weder direkt noch indirekt, weder offiziell noch inoffiziell. Einladungen seitens des US-Verbindungsoffiziers, an Staatszeremonien wie der Eröffnung des Parlaments in Bonn oder dem Empfang für den Bundespräsidenten Theodor Heuss in München teilzunehmen, wurden abgelehnt.

Es scheint, dass der deutsche Verwaltungsapparat in den ersten Monaten nach der Staatsgründung nicht wusste, wie er auf die Existenz einer israelischen Vertretung auf seinem Territorium reagieren sollte. Als nun die bayerische Staatskanzlei alle auswärtigen Delegationen auf ihrem Territorium zur Ernennung eines Verbindungsoffiziers aufforderte, wurde dieses Schreiben dem israelischen Konsulat nicht übermittelt. Erst Livneh machte die US-Kommission darauf aufmerksam. Seine Reaktion verdeutlichte das Problem eines direkten Kontakts zwischen Israelis und Deutschen und die Notwendigkeit, die Autorität des Konsulats weiterhin durch die US-amerikanische Präsenz zu legitimieren.¹⁹

Während der Debatten, die im November 1949 im israelischen Außenministerium stattfanden, vertrat Livneh die Meinung, dass die Deutschen im Laufe der Zeit sicher versuchen würden, irgendeine Art von Beziehung mit dem Konsulat aufzubauen. Möglicherweise geht seine Einschätzung unter anderem auf die Versuche Philipp Auerbachs zurück, das Konsulat für gemeinsame Aktionen zu gewinnen.²⁰ Auerbach war damals als bayerischer Staatskommissar verantwortlich für die Opfer rassistischer, religiöser und politischer Verfolgung durch die Nationalsozialisten. Das Konsulat, so argumentierte Livneh, tue alles in seiner Macht stehende, um einen erzwun-

¹⁹ Ebd., Eliahu Livneh an W. Schott, 20. Juli 1949. Ebd., Bayerische Staatskanzlei an den israelischen Konsul, 21. Juli 1949; ebd. Eliahu Livneh an die Konsularabteilung, 24. Juli 1949.

²⁰ Auerbach war auch Vorsitzender des Landesverbands der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern, siehe Constantin Goshler: Der Fall Philipp Auerbach. Wiedergutmachung in Bayern. In: Ludolf Herbst, Constantin Goshler (Hg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland. München 1989, S. 77–98. Zu Beziehungen zwischen dem Konsulat und Auerbach siehe Chen, „Kontakt – aber keine offiziellen Beziehungen“ (wie Anm. 1), S. 80–84.

genen Kontakt zu den deutschen Behörden zu verhindern. Gäbe es aber keine andere Wahl, dann müsse die israelische Regierung entscheiden, ob die Konsulatsaktivitäten weiterhin aufrechterhalten oder beendet werden sollten. Darüber hinaus, so betonte Livneh seinen Vorgesetzten gegenüber, würde, wenn deutsche Behörden weiter ignoriert werden sollten, nur die Präsenz eines Konsulats in München einen Fortschritt mit Blick auf die Reparations- und Wiedergutmachungszahlungen erlauben, da sich Wirtschafts- und Handelsangelegenheiten in den Händen der Alliierten befänden.²¹

Indem er ein wirtschaftlich pragmatisches Argument für die Existenz des Konsulats anführte, verband Livneh dieses zum ersten Mal mit der Frage der materiellen Entschädigung. Da Israels politische Strategie gegenüber Deutschland eng mit den Reparationszahlungen verbunden war, stellte dies einen ersten Schritt in Richtung einer Teilnahme am politischen Austausch dar.

Livneh vertrat nach außen hin durchgängig die offizielle politische Linie Israels gegenüber Deutschland. Aufgrund seiner Position als Mitglied des israelischen Auswärtigen Dienstes ist seine persönliche Meinung zu dieser Politik besonders aufschlussreich. Er glaubte, die Kontaktvermeidung gegenüber Deutschen sei den wirtschaftlichen Interessen Israels nicht förderlich. Weiterhin führte er aus:

[...] wenn wir in Zukunft zur Wahrung unserer Interessen ein wenig von unseren grundsätzlichen Prinzipien abweichen müssten, geschähe das viel leichter durch tatsächliche Kontakte mit jenen deutschen Institutionen, die die Reparationszahlungen abwickeln. Dies wäre viel einfacher, als zuzulassen, dass wir von den Deutschen zu einer prinzipiellen Entscheidung gezwungen würden.

In einem solchen Fall, in dem wir einer Beziehung aufgrund unserer eigenen Interessen zustimmen müssten, könnten wir nicht verhindern, eine politische Erklärung unsererseits abgeben und unsere prinzipielle Strategie ändern zu müssen. Deshalb, so scheint es mir, besteht unsere politische Rolle in dieser Angelegenheit weder darin, eine unumkehrbare Entwicklung zu erlauben, noch israelischen Institutionen zu gestatten, Verhandlungen

²¹ ISA, MAA 2519/4, Eliahu Livneh an AWE, 29. November 1949; ISA, MAA 531/13, Eliahu Livneh an das Wirtschaftsreferat, 23. Oktober 1949.

durchzuführen, die einen politischen Präzedenzfall schaffen könnten.²²

Somit glaubte Livneh, die Umsetzung der wirtschaftlichen Interessen des Staates Israel erfordere den Kontakt mit deutschen Funktionären. Außerdem war er der Meinung, dass ein leichtes Abweichen von den Boykottmaßnahmen ein präventiver Schritt sei, der die Deutschen daran hindern könnte, von Israel eine prinzipielle Entscheidung in Sachen direkter Kontaktaufnahme zu erzwingen, um wirtschaftliche Interessen zu fördern. Dadurch, so die Einschätzung Livnehs, könne Israel verhindern, öffentlich eine Änderung seiner Position gegenüber Deutschland erklären zu müssen. Das Konsulat könne also als diplomatisches Werkzeug dazu dienen, einen politischen Präzedenzfall zu verhindern. Zu jener Zeit schien das Außenministerium die politische Rolle, die das Konsulat von sich aus ergriff, aber nicht zu unterstützen. Deshalb wurde es angewiesen, sich nicht in politische Angelegenheiten einzumischen.²³

Die raschen internationalen Veränderungen der politischen Position Deutschlands bis Mitte der 1950er Jahre veranlassten den Konsul jedoch, seine Ansichten zu Deutschland, die bislang nur seine persönliche Meinung widerspiegelt hatten, als Richtlinie zu formulieren. Diese, so argumentierte er, solle die Anerkennung beinhalten, dass es einen Teil der deutschen Bevölkerung gebe, der während des Dritten Reiches gegen die nationalsozialistische Herrschaft gekämpft habe; dass nun Deutsche lebten, die eine materielle Entschädigung für Israel befürworteten. Als Resultat formulierte Livneh ein Prinzip, das er als „Kontakt – aber keine offiziellen Beziehungen“ bezeichnete:

[...] eine gewisse Liberalisierung unserer Haltung den deutschen Verwaltungsinstitutionen gegenüber, insoweit dies unsere Interessen erfordern, aber ohne einen politischen Präzedenzfall oder allgemeine persönliche Beziehungen zu schaffen: ‚Kontakt – aber keine offiziellen Beziehungen‘. Mit anderen Worten, eine pragmatische Einstellung ohne Verbindlichkeit [...].²⁴

²² Ebd.

²³ Ebd., Eliahu Livneh an Gershon Avner, 16. Dezember 1949.

²⁴ ISA, MAA 532/10, Eliahu Livneh an AWE, 22. November 1950.

Livneh nahm an, dass die Deutschen an einem solchen *modus vivendi* interessiert seien und das Konsulat *de facto* anerkennen würden. Denn für sie sollte es die Tür einen Spalt in Richtung Versöhnung mit Israel öffnen. Livneh dachte, das Konsulat könnte den notwendigen, begrenzten professionellen Kontakt mit den deutschen Behörden aufrecht erhalten, während sich der soziale Kontakt auf den Austausch von Höflichkeiten beschränkte.²⁵ Aus den Konsulatsdokumenten im israelischen Staatsarchiv geht nicht hervor, ob das Außenministerium dieses Prinzip offiziell annahm oder explizit verweigerte. Anders ausgedrückt, unterstützte das Ministerium gegen Ende des Jahres 1950 eher widerwillig den Kontakt des Konsulats mit den deutschen Funktionären innerhalb der Grenzen dieses Prinzips. Entsprechend können wir zu dieser Zeit Veränderungen in den Aktivitäten des Konsulats feststellen: Von einem passiven Instrument zur Aufrechterhaltung der Boykottmaßnahmen wandelte es sich zu einer aktiven Institution, die begrenzten Kontakt suchte.

Kontakt zum deutschen Establishment

Zu einem persönlichen Kontakt von Angesicht zu Angesicht zwischen Konsulatsmitarbeitern und deutschen Funktionären kam es erstmals Ende 1950 und Anfang 1951. Allerdings wurde zur Wahrung des informellen Charakters auf schriftliche Korrespondenz verzichtet. In der Tat erkannte die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt, die im März 1953 zum Deutschen Außenministerium wurde, bereits die Existenz einer israelischen Vertretung in München an. Dies tat sie ungeachtet der wiederholten Distanzierung der israelischen Regierung zu diplomatischen Beziehungen mit Deutschland.²⁶

Gemäß dem Prinzip „Kontakt – aber keine offiziellen Beziehungen“ wurde die israelische Interaktion mit Deutschen in Richtung jener Personen gelenkt, die man als Schlüsselfiguren in der Frage materieller Entschädigungen ansah. Ein Beispiel dafür war Ernst Ostermann, der Sekretär von Bundeskanzler Adenauer. Im November 1950 erschien der Verwaltungsleiter des Konsulats, Issachar Ben-Yaacov, im Kanzleramt in Bonn

²⁵ Ebd., Eliahu Livneh an AWE, 21. November 1950.

²⁶ Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, B11 Bd. 249, Aufzeichnung des Legationsrats a. D. Steg, 8. Januar 1951.

und traf sich dort mit Ostermann. Dies geschah aufgrund eines Schreibens von Ostermann im Sommer desselben Jahres zur Bereitschaft der deutschen Regierung, die Frage der Entschädigung ins Auge zu fassen. Als die Deutschen jedoch weitere Schritte hinauszögerten, wollte das israelische Außenministerium Ostermann an seine Worte erinnern.

Dennoch schien sich die israelische Seite Gedanken darüber gemacht zu haben, dass das Entsenden des Konsuls nach Bonn für die Angelegenheit nicht hilfreich sein könnte; immerhin existierte das Konsulat mit Billigung der westlichen Mächte und nicht der Bundesrepublik Deutschland. Man befürchtete, der offizielle Status des Konsuls könne sich negativ auf die eigenen Ziele auswirken. Deshalb wurde der Mitarbeiter des Konsuls Ben-Yaacov gesandt, um die Mission auszuführen. Vor seiner Abfahrt nach Bonn wurde er vom Konsul instruiert, den Brief abzugeben und direkten Kontakt zu meiden. Trotz Ben-Yaacovs Absicht, sich an diese Direktive zu halten, begann Ostermann ein Gespräch, und Ben-Yaacov war gezwungen, sein Schweigen zu brechen. Die Unterhaltung, so berichtete er, bestand zum Großteil aus einem Monolog Ostermanns und Ben-Yaacov machte klar, dass er keinerlei Befugnis hatte, die Angelegenheit zu besprechen.²⁷

Interessanterweise gibt er in seinem Bericht keinen Hinweis auf die Sprache der Unterhaltung. War es das Deutsche, das von den Israelis ebenfalls boykottiert wurde, oder eine neutrale Sprache? Man kann annehmen, dass es für Ben-Yaacov, der in Hamburg geboren und aufgewachsen war, nur natürlich sein konnte, in seiner Muttersprache zu sprechen. Ein weiterer Hinweis auf Ben-Yaacovs Bezug zur deutschen Kultur kam in dem Treffen zum Ausdruck, als ihn Ostermann nach seinen weiteren Plänen in Bonn fragte: Ben-Yaacov antwortete, er wolle das Beethoven-Haus besuchen, ein lang gehegter Wunsch seinerseits.²⁸ Als Kind hatte er im Chor der Hamburger Bornplatzsynagoge gesungen und Geige gespielt. Die Musik Beethovens war zu einem wesentlichen Bestandteil seines Lebens geworden.²⁹

²⁷ ISA, MAA 534/6, Yissakhar Ben-Yaacov an Shmuel Tolkowsky, 5. November 1950; Yissakhar Ben-Yaacov: Jeckes im Dienst des Israelischen Außenministeriums. In: Moshe Zimmermann, Yotam Hotam (Hg.): *Zweimal Heimat. Die Jeckes zwischen Mitteleuropa und Nahost*. Frankfurt a.M. 2005, S.314f.

²⁸ Ebd.

²⁹ Ben-Yaacov: *A Lasting Reward* (wie Anm. 2), S.9f.

Die vorsichtige informelle Annäherung an Deutschland war von der Erkenntnis getragen, dass einige Deutsche eine unbescholtene Vergangenheit hatten. Dies führte zur Kontaktaufnahme mit der SPD, die gegen den Nationalsozialismus Widerstand geleistet hatte. Allerdings mied der Konsul den Kontakt zur Oppositionspartei bald wieder aus Angst, er könne andernfalls den Kanzler verärgern.³⁰ Dennoch gab es einen indirekten Weg, die Partei zu beeinflussen: Livnehs Kontakt zu dem jüdischen SPD-Parteimitglied Jakob Altmaier. Dank dieser Verbindung wurde das Konsulat in München zum Vermittler zwischen Tel Aviv und Bonn: Am 14. März 1951 ging Bundeskanzler Adenauer auf Altmaier zu und bat ihn, den Konsul in seinem Namen zu informieren: „Teilen Sie den Herren mit, dass ich mich außerordentlich freuen würde, wenn ich nach Ostern einmal mit einer kompetenten Persönlichkeit des Staates Israel sprechen könnte. Ich würde mich außerordentlich darüber freuen.“³¹

Einige Wochen später wurde die Antwort des Konsulats mit Hilfe Altmaiers an den Kanzler überbracht: Sie beinhaltete die Bereitschaft Israels, ein direktes Treffen mit ihm und einem israelischen Vertreter abzuhalten. Dieses fand tatsächlich im April 1951 statt. Von diesem Zeitpunkt an war Livneh bis zum Beginn der direkten Verhandlungen im März 1952 in die Koordination der bilateralen Kontakte involviert, unter anderem zum Beispiel in die Erklärung Adenauers im Bundestag im September 1951 über die deutsche Bereitschaft, über Entschädigungen zu verhandeln.³²

Nach Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens im September 1952 scheint das Konsulat in formellen Kontakt mit Bonner Funktionären getreten zu sein. Die Tatsache, dass keine offizielle Anerkennung seitens der Bundesrepublik Deutschland eingeholt worden war, erwies sich nun nicht mehr als nachteilig. Im Gegenteil, sie spiegelte die Gleichzeitigkeit von Boykott und Kontakt wider, die zu dieser Zeit ihren Höhepunkt erreicht hatte.

³⁰ Shlomo Shafir: *Jad muschetet: ha-sozial demokratim ha-germanim we-jahasam le-jehudim we-le-israel 1945–1967* [Eine Ausgestreckte Hand. Deutsche Sozialdemokraten, Juden und Israel 1945–1967]. Tel Aviv 1986, S. 75.

³¹ Jacob Altmaier an Eliahu Livneh, 8. April 1951. In: Yeshayahu A. Jelinek: *Zwischen Moral und Realpolitik* (wie Anm. 2), S. 154. Mehr zu Altmaier und seinem Beitrag zur Unterzeichnung des Wiedergutmachungsabkommens, siehe Diner: *Rituelle Distanz* (wie Anm. 3), S. 26–33.

³² Chen: „Kontakt – aber keine offiziellen Beziehungen“ (wie Anm. 1), S. 119–129.

Ein denkwürdiges politisches Ereignis war das geheime Treffen des Konsuls in Bonn mit dem deutschen Bundespräsidenten Heuss. Er beteiligte sich aktiv an den Bemühungen, Juden und Deutsche miteinander zu versöhnen. Schon früh, bereits im Winter 1950, war er an einem Kontakt mit dem Konsul interessiert gewesen.³³ Die Ablehnung Israels kränkte Heuss. Deshalb gab der Direktor der Abteilung für Westeuropa im Außenministerium Ende 1951 Livneh folgenden Auftrag:

Geben Sie dem Mann zu verstehen, dass wir seine Taten würdigen und wertschätzen. Wir hegen keine böse Absicht gegen ihn – im Gegenteil. Wir müssen ihn in seiner Unterstützung für uns bestärken, weil er dies verdient hat. Er kann uns helfen, wenn die Zeit gekommen ist.³⁴

Im Herbst 1952 war die Zeit gekommen, den deutschen Bundespräsidenten zu ermutigen. Zwar war das Luxemburger Abkommen im September unterzeichnet, aber vom Bundestag noch nicht ratifiziert worden. Seitens der deutschen Industrie und der arabischen Staaten stieß es auf heftigen Widerstand.³⁵ Am 10. November 1952 trafen sich Heuss und Livneh ungefähr eine Stunde lang in Bonn zu einem vertraulichen privaten Gespräch. Dabei ging es um politische Angelegenheiten, um das Ringen um die Ratifizierung des Abkommens und um die komplizierten Beziehungen zwischen beiden Ländern. In Absprache mit dem Bundespräsidialamt trug der israelische Konsul keinen schwarzen Anzug, um die Informalität des Treffens zu unterstreichen. Während des Gesprächs beharrte der Konsul auf seiner Position, auch wenn diese einige Kritik gegenüber Deutschland enthielt. So erklärte der Präsident zum Beispiel, die arabische Propaganda gegen die Ratifizierung des Abkommens beeinflusse die Regierungsposition nicht. Livneh antwortete darauf, dass trotz der Opposition der arabischen Staaten Teile der Bevölkerung Frieden mit Israel wünschten, aber nicht wagten, dies öffentlich zu bekunden. An dieser Stel-

³³ Brief von Norbert Wollheim an Shalom Adler-Rudel vom 23. März 1950. In: Jelinek: Zwischen Moral und Realpolitik (siehe Anm. 29), S. 145 f.; ISA, MAA 2413/2, Eliahu Livneh an den Generaldirektor, 4. November 1952.

³⁴ ISA, MAA 532/9, Gershon Avner an Eliahu Livneh, 19. Dezember 1951.

³⁵ Jacob Tovy: Ha-churban we-ha-cheschbon: Medinat isra'el we-ha-schilumim mi-germania, 1949–1953. [Die Zerstörung und die Abrechnung. Der Staat Israel und die Reparationszahlungen von Deutschland]. Ramat Gan 2015, S. 386–432.

le, so berichtet Livneh, unterbrach ihn Heuss mit folgenden Worten: „Darüber können Sie sich nicht beklagen. Es ist wohl bekannt, dass in Ihrem Land eine ähnliche Einstellung gegenüber unserem Land herrscht.“³⁶

Darauf antwortete Livneh: „Trotz all dieser [...] Schwierigkeiten wagte die israelische Regierung einen in der Öffentlichkeit unpopulären Schritt. Und darin liegt der Unterschied.“³⁷

Selbst als die beiden die Einwände der arabischen Staaten diskutierten, denen zufolge das Abkommen die Neutralität verletze und der israelischen Seite helfe, gab Livneh deutlich zu verstehen, dass das Abkommen nicht mit dem militärischen und logistischen Beitrag zu vergleichen sei, den Deutschland den arabischen Armeen zukommen ließ. Am Ende der Unterhaltung betonte Heuss dem israelischen Konsul gegenüber, dieser könne ihn kontaktieren, wann immer er Hilfe brauche. Daraufhin trennten sich beide in gutem Einvernehmen.³⁸

Bis zur Ratifizierung des Abkommens im März 1953 diente das Konsulat weiterhin als Kommunikationskanal und verwischte so die Linie zwischen offiziellen und informellen Kontakten. Der Konsul, der durch die Autorität der westlichen Besatzungsmächte legitimiert worden war, vertrat den Staat Israel im Bundestag in Bonn. Dies ermöglichte es, die Ankunft der Vertreter der „Israel-Mission“ in Bonn, der offiziellen und exklusiven Vertretung der Regierung Israels in Deutschland zur Durchführung der Reparationen, zu verzögern, solange nicht klar war, ob Deutschland das Abkommen ratifizieren werde. Doch auch während der Konsul freien Zutritt zu den Regierungsbeamten in Bonn hatte, stellte er sicher, dass sein Handeln keine politischen Präzedenzfälle in den israelisch-deutschen Beziehungen schuf. So mied er beispielsweise Treffen mit ranghohen Persönlichkeiten wie dem Vize-Außenminister Walter Hallstein.³⁹

³⁶ ISA, MAA 2413/2, Ben-Yaacov an den Generaldirektor, 27. November 1952.

³⁷ Ebd., Hervorhebung im Original.

³⁸ Ebd.

³⁹ ISA, MAA 534/5, Ben-Yaacov an den Generaldirektor und Felix Shinnar, 27. November 1952; ISA, MAA 532/7 Eliahu Livneh den Generaldirektor und Felix Shinnar, 12. November 1952.

Nachwort

Der Beschluss des Außenministers im April 1952, dass es eine *mitzwa* war, die Schließung des Konsulats zu vermeiden, solange es eine „Autorisierung“ für seine kontinuierliche Präsenz in Deutschland gab, ist bezeichnend für die Ambivalenz, welche die ersten Kontakte zwischen Israel und Deutschland prägte. Bei der Etablierung und Intensivierung dieser frühen Beziehungen zwischen Israel und Deutschland spielte das Konsulat eine wichtige Rolle. Diese Bedeutung fußte auf den richtungsweisenden Schritten, die das Konsulat unternahm und die prägend für seine weitere Strategie waren. Somit hinterließ es nachhaltige Spuren.

Die Ursprünge dieser Initiative lagen im Denken und Handeln des Konsuls Livneh, der dem Konsulat enorme Bedeutung bei der Förderung israelischer Interessen mit Blick auf die materielle Entschädigung beimaß. Bis zur Unterzeichnung des Wiedergutmachungsabkommens geschah dies im Rahmen der ambivalenten israelischen Positionierung zwischen Boykott und Kontakt. Der Konsul brachte dieses Prinzip auf den Punkt und nannte es „Kontakt – aber keine offiziellen Beziehungen“. Es diente zur begrenzten Kontaktaufnahme mit deutschen Funktionären, ohne dabei einen politischen Präzedenzfall zu schaffen. Zur Umsetzung dieses Prinzips berief man sich auf den informellen Status des Konsuls, auf die Vermeidung offizieller Korrespondenz und auf die Vermittlung durch nieder-rangige Mitarbeiter. Nach der Unterzeichnung des Abkommens und damit der Erfüllung seiner praktischen Mission wurde die Tragweite der Initiative des Konsulats mit Blick auf Deutschland deutlicher. Schritt für Schritt wurde klar, dass die Kontakte des Konsulats keinen politischen Präzedenzfall auslösten. Vielmehr legten sie den Grundstein für erste Kontakte zwischen beiden Ländern: Das Konsulat war ein informelles Sprachrohr zur Kontaktaufnahme zwischen Israel und Deutschland. Obwohl es die offizielle Anerkennung für seine Tätigkeit in Deutschland von den westlichen Mächten erhielt, schuf seine Präsenz in Deutschland eine Situation, die eine vollkommenen Trennung zwischen beiden Ländern verhinderte.

Aus diesem Grund entfachte die Frage der Einstellung der Konsulatsaktivitäten eine Debatte über die politischen Auswirkungen dieses Schrittes. Israelische Diplomaten waren besorgt, dass die Entscheidung, das Konsulat nach Abzug der

westlichen Mächte und infolge der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland zu schließen, der begonnenen Annäherung und der beidseitigen Zusammenarbeit schaden werde; selbst wenn auf diese Weise die offizielle Linie, keinen Kontakt zwischen beiden Ländern einzugehen, fortgesetzt würde. Da das israelische Außenministerium Anfang der 1950er Jahre an zukünftigen diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel interessiert war, wurde entschieden, mit der Schließung des Konsulats nicht bis zum Abzug der Alliierten zu warten, sondern vielmehr mit der „Israel-Mission“ eine konsulare Sektion in Köln einzurichten, um das Wiedergutmachungsabkommen zu implementieren.

Dies, so hoffte das Außenministerium, würde „einen leichten Einstieg in die dauerhaften Beziehungen zwischen uns und Deutschland ermöglichen. Dies würde intern zur gegebenen Zeit anerkannte Beziehungen erleichtern“.⁴⁰ Anders ausgedrückt, stellte dies einen Fortschritt vom Prinzip „Kontakt – aber keine offiziellen Beziehungen“ hin zur neuen Richtlinie einer „dauerhaften, anerkannten Beziehung“ dar – einen Zwischenschritt auf dem Weg zur Etablierung diplomatischer Beziehungen.

Aus dem Englischen übertragen von Elisabeth Frey

BILDNACHWEIS
Abb. 1 USHMM, © Alex Hochhauser
Abb. 2 USHMM, © Saul Sorrin

⁴⁰ ISA, MAA 2519/4, Memorandum, 11. Juli 1952.